

Strukturwandel des kapitalistischen Widerspruchs- zusammenhangs und proletarische Organisation

Anmerkungen zu dem Buch von Oskar Negt und
Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung Teil II*).

Fernsehen und Medienverbund

Den Untersuchungen über den Funktionszusammenhang der entwickelten Massenmedien kommt in der Argumentation von Negt und Kluge ein wichtiger Stellenwert zu. Die Analyse dieser Medien müßte erweisen, ob zu recht von einer neuen Qualität der kulturellen Vergesellschaftung gesprochen werden kann: Sie müßte Kriterien entwickeln, die es gestatten, die neueren Medien von denen der traditionellen bürgerlichen Öffentlichkeit abzugrenzen und sie müßte zugleich plausibel machen können, durch welche Veränderungen in der Produktionsstruktur der Medien diesen neue Funktionen zuwachsen.

a) Das öffentlich-rechtliche Fernsehen

Die Autoren beschreiben das öffentlich-rechtliche Fernsehen als eine „charakteristische Institution einer Übergangsphase..., in der wesentliche Bedürfnisse der Kommunikation nicht mehr dem bloß kapitalistischen Mechanismus anvertraut werden, wirksame neue Formen der öffentlichen Kontrolle aber nicht existieren.“ (S. 217.) Das Fernsehen befindet sich in einer widersprüchlichen Zwischenstellung zwischen der bürgerlichen Öffentlichkeit und den neu entstandenen Produktionsöffentlichkeiten. Von der bürgerlichen Öffentlichkeit und deren Medien trennt das Fernsehen seine insgesamt industriell entwickelte Produktionsstruktur und seine umfassende Integration des Lebenszusammenhangs, wie er sich im Gesamtangebot des Programms niederschlägt; von den neuen Produktionsöffentlichkeiten wie z. B. dem Medienverbund ist das Fernsehen unterschieden durch seine öffentlich-rechtliche Institutionalisierung, die zum einen seine vollständige Angleichung an einzelkapitalistische Interessen verhindert¹⁾, die ihm zum andern in Form von Programmbindungen, dem sogenannten ‚öffentlichen

*) Teil I: Heft 8, 1973, S. 495 ff.

1) Daß das Fernsehen mehr ist als ein bloßes Medium einzelkapitalistischer Interessen, bedeutet noch lange nicht daß sich nicht diese Interessen zunehmend auf die tatsächliche Produktion und Kalkulation auswirken. Die steigende Auslagerung von Produktion in Unternehmungen, die entweder ausschließlich privatwirtschaftlich organisiert sind oder in denen das Fernsehen als gleichsam privatwirtschaftlicher Anteilseigner vertreten ist, macht eine wirkliche Kontrolle dieser Produktionen, wie sie der öffentlich-rechtliche Auftrag des Fernsehens vorsieht, nicht mehr möglich. Darüber hinaus bringen die ständig steigenden Kosten bei gleichzeitig gesättigtem Absatzmarkt das Fernsehen zunehmend in Abhängigkeit sowohl von den Werbeeinnahmen wie von der Weiterverkaufbarkeit der einzelnen Sendungen auf dem nationalen und internationalen Fernsehmarkt, der sich bereits um die Kassettenindustrie zu erweitern beginnt.

Auftrag', Normen auferlegt, die eine gezielte Befriedigung konkreter Bedürfnisse einzelner gesellschaftlicher Gruppen nicht gestattet. Seiner Form nach steht das Fernsehen in der Tradition bürgerlicher Öffentlichkeit. Seine öffentlich-rechtliche Verfassung soll verhindern, daß einzelne gesellschaftliche Interessen sich vorrangig dieses Mediums bedienen. Die Kontrolle des Fernsehen durch ‚relevante‘ gesellschaftliche Gruppen, die die Ausgewogenheit des Programms und seine Ausrichtung auf das ‚Gemeinwohl‘ garantieren soll, stellt sich jedoch nur her als instabiles Gleichgewicht nicht-konsensusfähiger gesellschaftlicher Interessen, das nur einen abstrakten Tausch von Öffentlichkeitswerten zuläßt. Der daraus resultierende erhöhte Legitimationsdruck führt zu Mittellösungen, die sich auf jeder Stufe der Produktionshierarchie erneut herstellen. War in der bürgerlichen Öffentlichkeit die *opinio communis* eine Bindung, die tendenziell noch inhaltlich bestimmbar war, so ist die Ausrichtung des Fernsehprogramms auf ein fiktives Gemeinwohl, das sich über Programmbindungen bis in die einzelnen Sendungen verlängern soll, das Resultat eines Interessenausgleichs, der nur durch die Abstraktion von konkreten Inhalten Zustandekommen kann. Dieser Zusammenhang von erhöhtem Legitimationsdruck und abstraktem Interessenaustausch beschränkt das Fernsehen auf die „Abstrahlung generalisierter Programme“ (S. 176), denen auf der Seite der Zuschauer eine „abstrakte Rezeptivität“ entspricht.

Die Programmbindungen und Programmrichtlinien, in denen sich — in Analogie zur "Warenproduktion — das langfristige Kapitalinteresse ausdrückt, treten auf der Ebene der Programmgestaltung in "Widerspruch zu den kurzfristigen Interessen an einzelnen Sendungen, die sich unterschiedlicher *ad hoc*-Legitimationen bedienen: Höhe der Einschaltquote, Aktualität, Ökonomie der Kosten, technische Qualität, ästhetische Innovation, Unterhaltungswert, Originalität etc.

Dieser widerspruchsvolle Zusammenhang der Legitimationsformen entspringt einer Produktionsstruktur, in der verschiedene gesellschaftliche Produktionsstufen aufeinandertreffen: die gegenständliche Bestimmung der Arbeit auf der Ebene der Einzelfernsehspiele und Einzelfilme trifft auf eine relativ inhaltsleere Beherrschung hochqualifizierter Technik und diese sind wiederum einbezogen in eine hochgradig arbeitsteilig organisierte und abstrakte Planungstätigkeit. Nach der Seite der Produkte drückt sich dieser Widerspruch aus in dem Auseinanderstreben der einzelnen Elemente einer Sendung: der Unterhaltungswert einer Sendung verselbständigt sich gegenüber dem Bildungswert und dieser wiederum tritt in Widerspruch zu dem Nachrichtenwert. „*Der Widerspruch zwischen langfristigen und kurzfristigem Interesse zeigt sich in jeder Sendung, gleichgültig, ob es um Nachrichten, kritische Dokumentation oder Unterhaltung geht.* Er verdichtet sich in der Ambivalenz, die zwischen der kulturkritischen Haltung der meisten Anstalten und ihrer tatsächlichen Funktion als Unterhaltungsbetrieb besteht.“ (S. 187.)

Nach der subjektiven Seite drückt sich dieser Widerspruch aus in dem Aufeinanderprallen verschiedener Arbeitsorientierungen. Dabei kommt es zu Konflikten

am ehesten da, wo die gegenständliche Tätigkeit der Produzenten von Sendungen auf abstrakte Richtlinien und rigide Zeit-Kosten-Rechnungen trifft, die den „Kampf des Sendestoffs um sein nacktes Überleben“ entscheiden. Der immer wieder unterbrochene Kampf um *Redaktionsstatute* während der letzten Jahre ging gerade von den Gruppen aus, die die Forderungen nach Mitbestimmung, nach Demokratisierung der Entscheidungsstruktur verbinden konnten mit der inhaltlichen Bestimmung ihrer Arbeit. Die teils nur berufsständisch teils schon gewerkschaftlich orientierte Bewegung der Redakteure und freien Mitarbeiter griff so auch bald Forderungen auf, die über ihre nur ökonomischen Interessen hinaus auf eine Selbstkritik der Rundfunk- und Fernsehanstalten zielten.

Negt und Kluge schätzen nun die Richtung dieser Bewegung, die tendenziell über den institutionellen Rahmen der Anstalten hinaustreibt, falsch ein. Indem sie den Kampf um Redaktionsstatute nur als eine Organisation ökonomischer Interessen verstehen, die die Erweiterung ihrer Planstellen zum Ziel haben (vgl. S. 217 f), unterschätzen sie die Struktur von Konflikten, die aus der inhaltlichen Bestimmung der Arbeit resultieren. Die Autoren sehen zu recht, daß von der einzelnen Planstelle aus qualitative Bedürfnisse sich nicht produktiv aufnehmen lassen. Die Vorstellung jedoch, daß das „Ganze der Zuschauerbedürfnisse“ (S. 218), die „Basisinteressen an unmittelbarer Kommunikation“ (S. 180) so in die Institution Fernsehen einzugehen hätten, daß sich „kommunikative Wechselbeziehungen“ (S. 176) auf horizontaler Ebene herstellen ließen, nähert sich fatal der neuromantischen Baukastentheorie Enzensbergers, die technische Utopien oberhalb der tatsächlichen Organisation der Arbeiterklasse entwirft und das Problem einer Veränderung von Institutionen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ignoriert. Wenn Negt und Kluge daraus folgern: „Somit bleibt die Aufgabe, das öffentlich-rechtliche Fernsehen einer umfassenden öffentlichen Kritik zu unterwerfen, eine Sache der Kritik von außen“ (S. 219), dann geben sie politisches Terrain auf, ohne plausible Alternativen ausmachen zu können.

Gerade weil das Fernsehen aufgrund seines erhöhten Legitimationsbedarfs ein starkes Eigeninteresse entwickeln muß, kollektive gesellschaftliche Erfahrung, wie sie sich u. a. auch in politischen Kämpfen herstellt, aufzunehmen, kommt es darauf an, die institutionellen Bedingungen ihrer Aufnahme und Verarbeitung durch die Organisation der Fernsehproduzenten wenigstens partiell zu verändern.

Denn wenn es richtig ist, daß die Kulturkritik, die die Bewußtseinsindustrie insgesamt kritisiert oder auch nur einzelne Sendungen ideologiekritisch analysiert, an dem industriellen Produktionsapparat Fernsehen abprallt und lediglich der „Umverteilung von Legitimationen innerhalb des Apparats“ (S. 219) dient, dann müßte konkret diskutiert werden können, unter welchen organisatorischen, technischen und materiellen Bedingungen sich eine Kritik am Fernsehen als *Produktion von Gegenprodukten* verwirklichen läßt. Die Medienkritik kann sicher nicht

von der Situation des Zuschauers, der vor dem Fernseher sitzenbleibt, ausgehen. Sie kann jedoch ebensowenig den institutionellen Zusammenhang des Mediums mit den in ihm eingebauten Widersprüchen wie die mit dem Medium in seiner gegenwärtigen Gestalt verbundenen Rezeptionsstrukturen ignorieren, ohne zugleich praktikable Gegenmodelle zu untersuchen. Solange, wie die politisch und materiell abgesicherte Institution Fernsehen nicht prinzipiell verändert wird durch politische Praxis, die zu neuen Institutionen führt, bleibt eine praktische Kritik verwiesen auf die genaue Untersuchung und Einschätzung des im Medium Fernsehen sich kristallisierenden Widerstandspotentials. Der „Verkehr zwischen Fernsehanstalt und Zuschauer, der mehrere Fernsehkanäle, schriftliche, telefonische Kommunikation sowie Versammlungen der Zuschauer ermöglicht“ (S. 223) wäre sicher entwicklungsfähiger — aber nur unter sozialistischen Bedingungen. In der gegenwärtigen Situation wird es darum gehen, Widerspruchstendenzen in den Massenmedien aufzugreifen und den Kampf um Mitbestimmung als ein Element einer revolutionären Strategie zu unterstützen.

Demgegenüber verläuft der Kampf um die Herstellung und Durchsetzung von Gegenproduktionen, die eine *autonome Zielsetzung* verfolgen, auf einer anderen Ebene. Geht es in dem Kampf um Mitbestimmung primär um die Durchsetzung rechtlicher, tariflicher und inhaltlicher Ansprüche innerhalb von privatwirtschaftlichen oder öffentlichen Institutionen, so haben die Tendenzen zur Organisation von Gegenproduktionen, wie sie sich in den Kooperationsansätzen zwischen sozialistischen Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften oder in den Zusammenschlüssen von sozialistischen Filmemachern und Vertriebskooperativen ausdrücken, eine andere Richtung: zum einen zielen sie auf eine Verbesserung ihrer Produktionsbedingungen, zum anderen auf eine adäquate Aufnahme und Verarbeitung der Bedürfnisse, die entsprechend dem Stand sozialistischer Praxis entstehen. Insofern kann die Organisation von Gegenproduktionen durch die Zusammenarbeit linker Medienunternehmen nur das unmittelbare Resultat einer Vereinheitlichung der sozialistischen Praxis sein. Die Vorstellung eines linken Medienunternehmens, das, wie etwa die Unternehmen von *Willi Münzenberg* in der Weimarer Republik, mit einer linken Massenpresse den Kampf gegen die kapitalistische Kulturindustrie aufzunehmen eine Chance hätte, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen illusionär. Münzenbergs Unternehmen waren, wie autonom im einzelnen auch immer, sowohl organisatorisch wie inhaltlich abhängig von einer relativ starken KPD wie von breiten revolutionären Bewegungen innerhalb der Arbeiterklasse. Die Entfaltung einer sozialistischen Gegenproduktion bedarf einer breiten Bewegung der Produzenten und Rezipienten, die durch Organisation ebenso vermittelt ist wie durch die Erfahrungen in politischen Kämpfen.

Selbst aber dann wenn man die gegenwärtige sozialistische Praxis für so entwickelt hält, daß sich die Frage der Herstellung von Gegenproduktionen im Medienbereich besonders dringlich stellt, dann bleibt immer noch das Problem, ob

etwa, wie die Autoren vorschlagen (vgl. S. 432 f.), eine *Mediengewerkschaft* innerhalb der IG Druck und Papier wirklich in der Lage wäre, eine politisch folgenreiche Verbindung von Mitbestimmungsinteressen der Journalisten, Schriftsteller und Künstler mit den linken publizistischen Unternehmungen herzustellen.

Die radikale Kritik der Autoren an den Organisierungsversuchen der in den Medien Beschäftigten, die eine Verfügung über die Produktionsmittel *nicht* einschließen, verkehrt, sich dort zu politischer Indifferenz, wo die gegenwärtigen Organisationsmöglichkeiten von wirklicher Gegenproduktion politisch analysiert werden müßten. Die bloße „Einbeziehung kleinerer und mittlerer Unternehmen mit emanzipatorischer Verlangens-, Presse- oder Medienpraxis“ (S. 433) in eine Mediengewerkschaft verändert noch lange nicht, was immer auch darunter verstanden werden mag, die Form der Produktion. Diese ist vielmehr unmittelbar abhängig von dem politischen Aktionsraum innerhalb der Gewerkschaften. Die Forderung einer Einbeziehung linker Medienunternehmungen, an die Adresse der IG Druck und Papier gerichtet, wäre erst dann politisch sinnvoll, wenn Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften analysiert und eingeschätzt werden könnten, die auf eine prinzipielle Neuorientierung gewerkschaftlicher Medienpolitik drängen.

b) Gesamtware Medienverbund

Im Gegensatz zur öffentlich-rechtlichen Fernsehen wie zu den traditionellen Medien wie Presse, Verlag, Film und Volkshochschule bezeichnet der Medienverbund eine Stufe, die dem Produktionszusammenhang der fortgeschrittenen Kapitale auf internationaler Ebene entspricht. Die Kombination von einzelnen Waren wie Bildung, Unterhaltung, Information machen ihn zu einer Gesamtware, die dem einzelnen Käufer als geschlossener Warenkörper gegenübertritt. Diese Eigenschaft stellt den Medienverbund auf eine Ebene mit der erweiterten Warenproduktion.

Voraussetzung für die Entstehung des Medienverbundes ist eine Konzentration verschiedener Unternehmen sowie eine Reihe von technisch-organisatorischen Neuentwicklungen, die die Herstellung von neuen Informationsträgern sowie die Durchsetzung großindustrieller Vertriebs- und Planungssysteme betreffen. Erst wenn beide Voraussetzungen zusammentreffen, entstehen Medienverbundsysteme, die den Lebenszusammenhang des Menschen als ganzen umfassen, ihn also auch reell unter das Kapital subsumieren. Diese neue Qualität des Medienverbundes entspringt weniger der Weiterentwicklung einzelner, durch ihn verbundener Medien als vielmehr der Kombination der Medien untereinander zu einem „Gesamtsyndrom“.

Obwohl bisher vollständig entwickelte Medienverbundsysteme noch nicht existieren, glauben Negt und Kluge, die neuen Eigenschaften des Medienverbundes an einer Reihe von Tendenzen ablesen zu können. Wichtigstes Merkmal des

Medienverbundes ist seine Fähigkeit, sein Produktionsangebot so abzustufen, daß es allgemeine Interessen ebenso befriedigt wie die spezifischen Bedürfnisse einzelner Gruppen.

„Ihre Programme bieten kein bloß abstraktes Gesamtangebot (wen es angeht), sondern können individualisierte Bedürfnisse, Bedürfnisse von Zielgruppen und damit ganze Lebenszusammenhänge zum Gegenstand einer gebündelten Ausbeutung machen.“ (S. 240.)

Mit ihrer Spezifizierung der Programme kommen die Medienverbundsysteme einer veränderten Wahrnehmungsstruktur der Zuschauer entgegen, die durch Veränderungen in der Produktionsphäre vorbereitet ist.

Die Autoren nehmen im Gefolge von *Walter Benjamin* an, daß die Entwicklung der Medien mit tiefgreifenden Veränderungen der menschlichen Wahrnehmungsstruktur einhergeht. Während die traditionellen Medien die einzelnen Sinne des Menschen relativ isoliert entwickelten analog ihrer arbeitsteiligen Spezialisierung im Produktionsprozeß, wie sie durch den Taylorismus notwendig wurde, sitzt der Medienverbund einer Wahrnehmungsform auf, die durch den Zusammenhang von Spezialisierung und Synthetisierung geprägt ist. Ihr entsprechen auf der Seite der Produktion technische Veränderungen, die Kooperationsanforderungen neuer Art an den Menschen stellen (vgl. S. 241 f). Diese Anforderungen haben ihren materiellen Kern darin, daß die Handhabung einzelner technischer Abläufe exakt ausgeübt wird und sich gleichzeitig mit einer Überwachung und Kontrolle der gesamten Apparatur verbindet.

Diese Veränderung der Wahrnehmungsstruktur trifft auf Verschiebungen im triebökonomischen Bereich, die dazu tendieren, die Legitimation von Leistung und Disziplin aus ihrer psychischen Verankerung zu lösen und durch das Prinzip einer neuen Unmittelbarkeit zu ersetzen. Die permanente Evokation von sinnlichen Bedürfnissen läßt die Schranken von Triebverzicht und Triebaufschub zurückweichen und setzt damit eine Dynamik von Bedürfnisentfaltung in Gang, die in ihrer Tendenz auf eine Einheit der Bedürfnisbefriedigung zielt.

„Die empirischen Bedürfnisse haben, wenn materielle Grundbedürfnisse (Hunger, Durst, Wohnen) befriedigt sind, die Tendenz, die Einheit, die sie an sich sind, auch durch gegenständliche Befriedigung herzustellen. Sie suchen einen Sinnzusammenhang und antworten deshalb vorrangig auf solche Warenangebote, die nicht einzelne Befriedigungen, einzelne Gebrauchswerte verschaffen, sondern ganze Zyklen davon in Form von Lebenszusammenhängen organisieren. Unter diesen Bedingungen tritt jetzt von der Objektseite der Medienverbund auf. Er rafft diese Tendenzen zusammen und organisiert sie von außen. In einer proletarischen Öffentlichkeit müßte der Zusammenhang der Bedürfnisse und Sinne durch die Tätigkeitsform der Menschen selber zusammengefaßt werden.“ (S. 244 f.)